

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Dezember 2009, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hauke Götttsch (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Kirstin Funke (FDP)

Gerrit Koch (FDP)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung des Staatssekretärs für Europa, Auswärtiges und Bundesangelegenheiten Heinz Maurus	4
2. EU-Kohäsionspolitik nach 2013 Berichterstatter: St Heinz Maurus	9
3. AdR-Weißbuch Multi-Level-Governance hierzu: Umdrucke 17/27, 17/43	12
4. Bericht von der Tagung des Executive Committee der North Sea Commission (NSC)	13
5. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung des Staatssekretärs für Europa, Auswärtiges und Bundesangelegenheiten, Heinz Maurus

Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung führt St Maurus in die Schwerpunkte der Europapolitik der Landesregierung für die kommende Legislaturperiode ein. Die Europapolitik sei geprägt von der Tatsache, dass jedes Politikfeld einen Bezug zu Europa habe. Dieser sei mit dem Vertrag von Lissabon noch verstärkt worden. Die im Jahr 2000 vereinbarte Lissabon-Strategie habe keinen großen Erfolg gehabt, sie solle deshalb durch die Strategie 2020 neu aufgelegt werden, die im März 2010 vom Europäischen Rat beschlossen werden solle. Ein zentrales Thema dabei sei die ökologische Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. Man rechne damit, dass die Strategie diesmal konkreter greifen werde. Eine aktive Beteiligung der Regionen Europas an der Gestaltung dieser Strategie sei sinnvoll, weil sie auch Auswirkungen auf die Regionalpolitik nach 2013 habe. Es sei geplant, dass die Europaministerkonferenz einen mit den Fachministern abgestimmte Stellungnahme dazu abgebe. Auch der Landtag müsse sich also mit den zu erwartenden Veränderungen befassen.

Darüber hinaus verändere der vor wenigen Tagen in Kraft getretene Vertrag von Lissabon den Rahmen für die Europapolitik in Schleswig-Holstein. Das im Vertrag vorgesehene Frühwarnsystem eröffne neue Wege der Einflussnahme zur Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Die Beteiligung der Parlamente beziehe sich zunächst auf Bundestag und Bundesrat, die innerstaatliche Mitwirkung der Länder sei durch die Begleitgesetzgebung verbessert worden. Für Landesregierung und Landtag bedeute dies eine intensivere Zusammenarbeit, um die gemeinsamen Interessen in Europa effizient zu vertreten. Eine Abstimmung mit der Landtagsverwaltung sei geplant. Im Rahmen des Frühwarnsystems werde sichergestellt, dass die Landtagsverwaltung Zugriff auf die, von der EU-Kommission zur Verfügung gestellten Dokumente habe. Dies sei insbesondere im Hinblick auf die Achtwochenfrist zwingend geboten. In Landesverfassung und Parlamentsinformationsgesetz sei diese Transparenz vorgesehen. Als Beispiele für eine weit fortgeschrittene Umsetzung könnten die Bundesländer Bayern oder Baden-Württemberg dienen, allerdings müsse berücksichtigt werden, dass zum Beispiel Bayern in erheblichem Umfang Personal in München und in Brüssel beschäftige. Das sei von Schleswig-Holstein so nicht zu leisten. Aus diesem Grunde müssten thematische Prioritäten

gesetzt werden. Bei einem Gespräch in der kommenden Woche zwischen den europapolitischen Sprechern, dem Landtagspräsidenten und dem Landtagsdirektor solle über das Verfahren zur Festlegung von Prioritäten gesprochen werden. Dabei müsse auch die Arbeitsfähigkeit von Parlament und Regierung im Hinblick auf die Menge der zu verarbeitenden Informationen berücksichtigt werden. Auch sollten die abgegebenen Stellungnahmen fundiert sein.

St Maurus betont, er stehe auch dafür zur Verfügung, regelmäßig einen aktuellen Bericht aus Brüssel dem Europaausschuss zu geben. Umgekehrt sei auch wichtig, bei den Bürgerinnen und Bürgern ein Europabewusstsein zu schaffen, um die Akzeptanz für Europa zu erhöhen. Auch die Europafähigkeit der Landesverwaltung müsse in dem Zusammenhang gestärkt werden.

Er betont, dass es von großer Bedeutung sei, in Brüssel Einfluss zu nehmen, bevor Entscheidungen fielen. Dazu solle das Hanse-Office als schleswig-holsteinisches Frühwarnsystem weiter gestärkt werden. Auch Netzwerke müssten intensiv genutzt werden. Das Hanse-Office solle zudem stärker als Schaufenster fungieren und Schleswig-Holsteins Stärken besser darstellen, zum Beispiel die Kompetenz im Bereich der Meerespolitik. Denkbar sei auch, den vom Ministerpräsidenten geplanten Zukunftsrat der Landesregierung nach Brüssel einzuladen und dort über europäische Herausforderungen und Chancen des Landes diskutieren zu lassen. Auch die Tatsache, dass Schleswig-Holstein in der glücklichen Lage sei, zwei Mitglieder in den Ausschuss der Regionen entsenden zu können, könne in diesem Zusammenhang genutzt werden, um die Interessen des Landes zu vertreten.

St Maurus hebt hervor, dass die Eckpunkte der Landespolitik auch für die Europapolitik gelten müssten. So sei das Land Sparzwängen unterworfen, die dazu führten, dass bei vielen Projekten geprüft werden müsse, ob die Finanzierung so weiterhin möglich sei. Auch müssten EU-Mittel stärker für Innovation und Wachstum eingesetzt werden. Nachhaltigkeit sei dabei ein wichtiges Stichwort.

Darüber hinaus müsse die Leistungsfähigkeit der Landesregierung gestärkt werden, indem Ressorts ihre Arbeit besser aufeinander abstimmten. Wichtig sei auch, innovativ zu sein. Besonders Schleswig-Holstein, das in Europa eine kleine Region sei, müsse Verbündete mit ähnlichen Interessen suchen, zum Beispiel im Ostseeraum. Die Vorreiterrolle, die Schleswig-Holstein dort innehatte, dürfe nicht vernachlässigt werden.

Zu den fachlichen Schwerpunkten - so führt St Maurus weiter aus - zählten neben der EU-Strukturpolitik auch der Aspekt der erneuerbaren Energien. 2020 sollten rechnerisch mehr als 100 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Damit solle nicht nur

die Zukunft des Landes gesichert werden, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen und neue Exportmärkte eröffnet werden. Im Bereich der Windenergie, die eine tragende Säule darstelle, gerate auch die Nordsee immer stärker in den Blick.

In diesem Zusammenhang sei bedeutsam, dass am 6. November 2009 die EU-Förderung für das Projekt RENREN genehmigt worden sei. In den kommenden drei Jahren sollten mit diesem Projekt Erfahrungen im Bereich des Auf- und Ausbaus erneuerbaren Energien gewonnen werden, unter anderem auch, um Schleswig-Holstein in Brüssel als Modellregion für Windenergie präsentieren zu können.

Die erneuerbaren Energien machten es zudem nötig, vorhandene Stromübertragungsnetze umzubauen und zu erweitern, um das vorhandene Potenzial zu nutzen. Dazu dienten auch intelligente Seekabelverbindungen.

Die EU-Meerespolitik - so erläutert St Maurus weiter - sei ein wichtiges Markenzeichen Schleswig-Holsteins. Mit dem maritimen Aktionsplan seien die zentralen Leitlinien für die Umsetzung der Meerespolitik bis 2015 festgelegt. Dieser Aktionsplan sei auch deswegen wegweisend, weil die Entwicklung einer integrierten europäischen Meerespolitik zu den wenigen neuen Politikentwicklungen der letzten EU-Kommission gehört habe. Insgesamt solle das Profil Schleswig-Holsteins als europäische maritime Modellregion weiter geschärft werden. Darüber hinaus solle das jährliche Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission ausgewertet werden, das jedoch frühestens im Februar oder März kommenden Jahres vorliegen werde. Eine Vertiefung dieser Punkte solle auch im Europabericht der Landesregierung stattfinden.

Im Blick auf die Ostseekooperation führt St Maurus aus, dass eine saubere Ostseeschifffahrt für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung sei, auch um die maritimen Kompetenzen zu stärken. Dazu gehöre auch, den Landstromanschluss für Schiffe und saubere Kreuzfahrtschiffe zu fördern. Ein weiteres Ziel der Landesregierung sei, sich für ein gemeinsames Ostseebewusstsein stark zu machen. Eine gemeinsame Identität könne die gemeinsame Entwicklung voranbringen. Das geplante Ostseegeschichtsbuch sei ein Projekt in diesem Zusammenhang. Aus diesem sollten sich weitere Initiativen entwickeln.

Zur Förderung der Ostseekooperation sollten auch die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum beitragen. Neben den Büros, die gemeinsam mit Hamburg betrieben würden, zum Beispiel in Danzig und St. Petersburg, gebe es auch Büros, die gemeinsam mit der Wirtschaft betrieben würden. Insgesamt sei der Betrieb der unterschiedlichen Büros zur Förderung von Kontakten eine lohnende Investition. In der Planung sei, auch Partnerschafts-

projekte mit Kaliningrad anzustoßen, um die berufliche Bildung und Ausbildung voranzubringen. Teil der Tätigkeit in der Partnerschaft sollten auch Studienreisen für Unternehmer sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Kooperation - so stellt St Maurus dar - sei die Zusammenarbeit mit Dänemark und der südlichen Ostseeregion insgesamt. Die Metropolregion spiele für Dänemark eine große Rolle, mit dem Bau der Fehmarnbelt-Querung könne Schleswig-Holstein von der Achse Hamburg-Kopenhagen profitieren. Auf der im Juni durchgeführten STRING-Konferenz sei die „Lübecker Erklärung“ verabschiedet worden, bei der wesentliche Handlungsfelder definiert worden seien. Wichtig für Schleswig-Holstein sei - auch vor dem Hintergrund der festen Fehmarnbelt-Querung -, eine Dänemark-Strategie zu entwickeln. Das sei auch bei verschiedenen Gesprächen in Kopenhagen deutlich geworden. Zielführend könne in diesem Zusammenhang die weitere Verstärkung der Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Süddänemark sein. In diesem Bereich sei man noch nicht so weit gekommen, wie man kommen wolle. Wichtig sei, die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt zu stellen und von dort aus weiterzuarbeiten. Der Bau der Fehmarnbelt-Querung sei günstig, da er einen ordentlichen Entwicklungsschub auslösen werde. Die auf der dänischen Seite herrschende Einigkeit müsse auch in Schleswig-Holstein erreicht werden.

St Maurus legt dar, dass auch die Nordseekooperation eine zunehmend wichtige Rolle spielen solle. Ein Schritt in diese Richtung stelle die EU-Nordseestrategie dar sowie die Aktivitäten in der Nordseekommission. Allerdings stelle man bei der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet fest, dass besonders die zentral organisierten Nationalstaaten, die als Kooperationspartner infrage kämen, noch nicht ganz im Boot seien. Eine Möglichkeit, dort mehr Beteiligung zu erreichen, bestehe möglicherweise in der in Gründung befindlichen Parlamentszusammenarbeit im Nordseeraum.

Auf eine Frage der Abg. Langner zu der Koordination und Zusammenarbeit einzelner Ressorts im Zusammenhang mit der Verschiebung der Zuständigkeit für Europapolitik vom Europaministerium in die Staatskanzlei führt St Maurus aus, dass die Zuordnung der Europapolitik zur Staatskanzlei neue Möglichkeiten eröffne, die Politik mit den einzelnen Ressorts abzustimmen. Zuvor sei die Aktivität des Europaministeriums von einigen Ressorts als Einmischung wahrgenommen worden. Wichtig sei, dass die Politiken miteinander abgestimmt seien. Die Landesregierung bekenne sich zur Ostseestrategie, die auch im Koalitionsvertrag erwähnt werde.

Abg. Langner begrüßt, dass die Landesregierung bemüht sei, sich beim Thema saubere Ostsee-Schifffahrt an die Spitze der Bewegung zu setzen, sie gibt jedoch ihrer Befürchtung Aus-

druck, dass dies auch zu Wettbewerbsnachteilen für die Schifffahrt in der Ostsee führen könne und möchte wissen, ob es zu diesem Themenkomplex schon Studienergebnisse gebe.

Herr Augustin, Leiter der Abteilung Europa in der Staatskanzlei, betont, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich vitale Interessen habe. Die International Maritime Organization sei der Dachverband, der die Fragen und Probleme in diesem Zusammenhang regeln würde. Allerdings sei eine erfolgte Anstrengung nur zu erwarten, wenn nicht nur die Ostseeanrainer an der Lösung des Problems arbeitete. Die von Abg. Langner angesprochene Studie werde er dem Ausschuss zur Verfügung stellen, sobald sie ihm vorliege.

Im Hinblick auf die von St Maurus erwähnte Dänemark-Strategie begrüßt Abg. Fischer, dass nicht nur die Metropolregion Hamburg, sondern auch die Grenzregion zu Dänemark in den Blick genommen werden solle. Gleichzeitig betont er aber, dass auch der Mittelteil Schleswig-Holsteins eine Rolle in der Dänemark-Strategie der Landesregierung spielen müsse, um nicht ein Auseinanderfallen der Regionen zu verstärken. - St Maurus betont, dass die Entwicklung der Strategie sich noch am Anfang befinde. Die Position der Landesregierung sei aber klar, dass die Dänemark-Strategie sich auf ganz Schleswig-Holstein beziehen solle. Es sei geplant, unterschiedliche Gespräche und Workshops durchzuführen, zu denen auch Parlamentarier herzlich eingeladen seien.

Im Hinblick auf die Nordseestrategie betont Abg. Fischer, dass man in der Tat die Erfahrung gemacht habe, dass die Nationalstaaten der Nordseeregion ein weniger stark ausgeprägtes Interesse an Kooperation hätten. Insgesamt könne die Ostseekooperation nicht als Vorlage für die Nordseekooperation gelten. Dennoch sei es seiner Ansicht nach denkbar, eine regionale Partnerschaft in der Politik umzusetzen und Verbindungsstellen ähnlich den Hanse-Offices im Ostseeraum einzurichten. - St Maurus betont, dass die Nordseestrategie noch am Anfang ihrer Entwicklung stehe. Zunächst müsse die Diskussion mit den Regionen geführt werden. Es gebe zudem bereits Subregionen, die zusammenarbeiteten, zum Beispiel die Trinationale Wattenmeerkonferenz. Sinnvoll sei, viele Akteure einzubinden, die von sich aus ein vitales Interesse an der Kooperation hätten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

EU-Kohäsionspolitik nach 2013

Berichterstatter: St Heinz Maurus

St Maurus legt dar, dass mit den bisher von der Europäischen Union bereitgestellten Mitteln in Schleswig-Holstein einiges erreicht worden sei. Über den Zeitraum von 13 Jahren handele es sich um eine Summe von 1,3 Milliarden €. Der Strukturfonds sei insgesamt das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Regionalpolitik. Diese Mittel würden, da Schleswig-Holstein zu den eher wohlhabenden Regionen innerhalb der Europäischen Union gehöre, aber nicht mehr in dem Maße zur Verfügung stehen. Nötig sei ein europäisches Binnenmarktrecht, das Chancengleichheit garantiere und Wachstum und Beschäftigung nachhaltig sichere, und zwar in den Städten wie auch im ländlichen Raum. Die schleswig-holsteinische Landesregierung verfolgt das Ziel, Regionen wie Schleswig-Holstein auch weiterhin unterstützt durch europäische Mittel weiterentwickeln zu können. Erst im Jahr 2010 werde sich zeigen, wie sich die Strukturförderung entwickeln werde. Bislang gebe es nur Vorschläge.

Drei zentrale Überlegungen seien jetzt schon abzusehen. Man erwarte eine Fokussierung des EU-Haushalts auf ... neue Schwerpunkte und Ziele. Neue Ziele seien zum Beispiel eine verstärkte Ausrichtung an der Lissabon-Strategie ab 2010, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, Wissensgesellschaft und Innovation, et cetera. Bei einem begrenzten Haushalt lasse sich dies jedoch nur durch Umschichtungen erreichen. Fraglich sei, ob neue Programme aufgelegt oder diese Ziele als Querschnittsziele in vorhandenen Programmen festgeschrieben würden. Die EU-Politik solle dabei darüber hinaus auch stärker unterschiedliche Akteure und Politikfelder zusammenfassen. Dies könne unter Umständen auch bedeuten, dass aus dem EU-Haushalt keine Ziele mehr finanziert werden sollten, die ausschließlich auf regional- oder nationalstaatlicher Ebene wirksam würden. Insgesamt solle der Mitteleinsatz der EU präziser, effizienter und zielgerichteter definiert werden. So sollten klare Ziele und zeitliche Vorgaben für die Erreichung von Zielen gesetzt oder die Strukturfondsverordnung ersetzt werden. Insgesamt handele es sich bei den genannten Aspekten nur um Vorschläge, deren Umsetzung geprüft werde.

In dem Konsultationspapier der Europäischen Kommission vom 24. November 2009 werde die Notwendigkeit betont, neue Ziele zu formulieren und den europäischen Mehrwert zu erhöhen. Man erwarte, dass der fünfte Kohäsionsbericht der Kommission, der konkrete Vorschläge enthalten solle, in den ersten Monaten des Jahres 2011 vorgelegt werde, was die den

Zeitraum für Diskussionen über die konkreten Vorschläge massiv verkürzen werde. Ein Inkrafttreten der Vorschläge sei zum 1. Januar 2014 geplant. Die Europaministerkonferenz stehe vor der schwierigen Aufgabe, vor dem Hintergrund fehlender Vorschläge eine gemeinsame Stellungnahme zu formulieren, was in Anbetracht der unterschiedlichen Interessen schwierig sei. Insgesamt solle es auch weiterhin in Deutschland europäische Regionalförderung geben.

Die Diskussion in Schleswig-Holstein werde sich im Wesentlichen um die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung drehen, also um Ziel 2. Bei der jetzigen Diskussionslage müsse für Schleswig-Holstein mit starken Veränderungen und finanziellen Einbrüchen in der Regionalförderung gerechnet werden. Die im Koalitionsvertrag enthaltene Ankündigung, sich für die Fortsetzung der Regionalförderung aus europäischen Mitteln in der nächsten Förderperiode einzusetzen, habe Bestand. Möglicherweise werde sich die Kommission bemühen, auch auf die Politik in bestimmten Bereichen durch die Förderung Einfluss zu nehmen, zum Beispiel bei der Arbeitsmarktpolitik. Bisherige Bestrebungen der Kommission seien zwar durch das Europäische Parlament rückgängig gemacht worden, aber darin werde deutlich, welche Entwicklungen vonseiten der Kommission geplant seien. Aus den Reihen des Parlaments werde hingegen über eine Verlängerung der Ziel-2-Förderung nachgedacht. Vonseiten der Landesregierung gehe man davon aus, dass das Ziel der Erhaltung der Ziel-2-Förderung auch vom Parlament mitgetragen werden.

Auf Bitten des Abg. Fischer sagt St Maurus zu, die Eckpunkte der Europaministerkonferenz dem Europaausschuss zur Verfügung zu stellen. Ein Update dieser Eckpunkte könne erfolgen, wenn die Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz dies beschlossen hätten.

Abg. Fischer bittet um eine Einschätzung der Landesregierung zu der im Barca-Bericht vorgeschlagenen Konzeption und Auswahl von Regionen und Projekten durch die Nationalstaaten selbst. - St Maurus stellt dar, dass die Diskussion auf europäischer Ebene noch nicht abgeschlossen sei. Wichtig sei für Schleswig-Holstein, diese laufende Diskussion im Auge zu behalten und sich auf veränderte Rahmenbedingungen frühzeitig einzustellen.

Abg. Langner legt dar, sie sehe einen Widerspruch zwischen dem Bestreben der Landesregierung, an möglichst vielen europäischen Programmen zu partizipieren und der Aussage des Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung, die darauf hinauslaufe, nicht alle von Europa zur Verfügung gestellten Gelder ausgeben zu wollen. - St Maurus betont, dass bei allen Ausgaben das Nachhaltigkeitsgebot berücksichtigt werden müsse. Es gebe eine Reihe von Beispielen, in denen Gelder von europäischer Ebene in Projekte geflossen seien, die jetzt nicht mehr unterhalten werden könnten. - Abg. Langner ergänzt, dass es aus ihrer Sicht auch das Bestreben der letzten Landesregierung gewesen sei, Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit zu be-

denken. Sie plädiert dafür, stärker als bisher Kriterien für die Nachhaltigkeit von Projekten zu entwickeln und Schwerpunkte für die Förderung zu definieren. - St Maurus betont, man könne sich auf die Diskussion in Brüssel erst einstellen, wenn diese bereits angefangen habe.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zum zeitlichen Ablauf und den Einflussmöglichkeiten der Landesregierung betont St Maurus, dass im Moment vieles in der Diskussion sei, eine klare Zeitschiene lasse sich noch nicht absehen.

Abg. Herbst schlägt vor dem Hintergrund der noch laufenden Diskussion vor, die Diskussion im Landtag über die EU-Kohäsionspolitik auch erst zu einem späteren Zeitpunkt zu führen.

Abg. Fischer regt an, den beantragten mündlichen Bericht zur nächsten Tagung des Landtags durch einen schriftlichen Bericht zu ersetzen. Dem stimmt der Ausschuss zu. Der Vorsitzende weist auf den bestehenden Zeitdruck hin, Entscheidungen dürften nicht zu lange aufgeschoben werden.

Auf eine Nachfrage des Vorsitzenden betont St Maurus, dass man bei Verhandlungen immer dann am besten fahre, wenn man regional auf Augenhöhe verhandele. Dezentrale Förderungen seien zentralen Förderprogrammen vorzuziehen.

Der Ausschuss beschließt, an den an dem für die 7. Landtagstagung vorgesehenen Termin für den Bericht über die Umsetzung der Resolutionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee und die Ostseeparlamentarierkonferenz festzuhalten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

AdR-Weißbuch Multi-Level-Governance

hierzu: Umdrucke 17/27, 17/43

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, eine Stellungnahme, Drucksache 17/112, abzugeben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht von der Tagung des Executive Committee der North Sea Commission (NSC)

Der Vorsitzende, Abg. Voß, führt in die Arbeit der North Sea Commission ein. Kritisch merkt er an, dass ein gemeinsames Ziel der Nordseekommission fehle. Darüber hinaus gebe es auch keine Positionierungen der Mitglieder zu anstehenden Themen wie zum Beispiel dem Grünbuch Fischerei. Es sei auch an Schleswig-Holstein als großer Region, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. Zur Tagung des Executive Committee berichtet er, dass am ersten Tag vorab die Berichte der unterschiedlichen Ausschüsse entgegengenommen worden seien.

Am zweiten Tag - so setzt Abg. Langner den Bericht von der Tagung fort - habe es konkretes Arbeiten an einem gemeinsamen Ziel gegeben. Man habe sich zum Beispiel darauf geeinigt, an einem gemeinsamen INTERREG-IV-Projekt zum Thema Clean North Sea Shipping zu arbeiten. Damit solle jetzt ein Flaggschiff-Projekt auf den Weg gebracht werden, mit dessen Hilfe entwickelt werden solle, welche Infrastruktur in Häfen notwendig sei, um eine saubere und sichere Schifffahrt auf der Nordsee zu gewährleisten. Das Interesse der Regionen, an einem konkreten Projekt zu arbeiten, sei ihrer Ansicht nach groß gewesen. Besonders beim Errichten eines überregionalen Projektes komme es darauf an, zusammenzuarbeiten. Dies könne auch die Region weiter zusammenführen. Insgesamt sei der Tag erfreulich konkret gewesen.

Herr Musiolik, Leiter des Referats Ostsee- und Nordseeangelegenheiten der Staatskanzlei, führt aus, die Ostseeregion sei schon bedeutend weiter als die Nordseeregion. Von der EU-Ostseestrategie bis zum Aktionsplan habe es zwei Jahre gedauert. Die Diskussion um die Nordseestrategie sei hingegen noch in den Kinderschuhen. Zudem gebe es auch Bestrebungen, ein Konzept für die Donauregion zu entwickeln. Die Vergabe von Fördermitteln im Rahmen der Strategie sei ein zusätzliches Argument, die Lobbyarbeit in Gang zu setzen.

Zwei Akteure - so führt RL Musiolik aus - seien die wesentlichen Betreiber der Diskussion, die Nordseekommission, in dessen Vorstand auch Schleswig-Holstein vertreten sei, und der Ausschuss der Regionen, der Anfang des Jahres eine interregionale Gruppe Nordsee eingerichtet habe. Auch dort sei die Ostsee, in der es bereits eine interregionale Gruppe gebe, ein Vorbild. Die interregionale Gruppe Nordsee müsse aus Sicht der Landesregierung aktiv begleitet und die Interessen Schleswig-Holsteins eingebracht werden. Bei der Konferenz in Kiel

sei auch die Möglichkeit diskutiert worden, eine Stakeholder-Konferenz zum Thema Nordsee-Strategie durchzuführen.

RL Musiolik betont, dass es wichtig sei, die Mitgliedstaaten zu überzeugen. Das gelte unter anderem für die Niederlande und für Schweden, wo man zunächst abwarten wolle, welche Effekte die Ostseestrategie habe. Auch in Berlin sei Überzeugungsarbeit notwendig. Dabei könne auch das angedachte Parlamentsforum Nordsee auf der parlamentarischen Ebene hilfreich sein. Das Thema Clean North Sea Shipping sei als konkreter Arbeitsschwerpunkt aufgenommen worden.

In diesem Zusammenhang spiele der Landstromanschluss für Schiffe und die Nutzung von Biogas eine Rolle. Erfreulich sei die geplante Zusammenarbeit mit Göteborg und die bereits geführten Gespräche mit Hamburg, das auch Interesse bekundet habe, Partner des Projekts zu werden. Man hoffe, bis zur nächsten Bewilligungsrunde für INTERREG-IV-b-Mittel im März 2010 ein Projekt entwickeln zu können. Dann sei eine Kofinanzierung von 50 % aus EU-Mitteln möglich.

Abg. Fischer bittet die Landesregierung, zum Schlagwort Donau-Strategie dem Ausschuss Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Auf einen Vorschlag der Abg. Spoorendonk, von schleswig-holsteinischer Seite aktiv zu werden, um die parlamentarische Dimension der Nordsee-Zusammenarbeit zu stärken, betont RL Musiolik, dass bei einer Veranstaltung in Brüssel großes Interesse bei den Beteiligten Regionen bestanden habe, die Nordsee-Strategie voranzubringen. Die Landesregierung könne jedoch nur wenig zur parlamentarischen Dimension der Nordsee-Kooperation beitragen. Eine Möglichkeit, die parlamentarische Dimension zu stärken, sehe er darin, die interregionale Gruppe Nordsee des AdR von schleswig-holsteinischer Seite stärker in den Blick zu nehmen. Zudem sei in der Nordsee-Kommission der stellvertretende Vorstandsposten zu besetzen. Der Vorsitzende betont, es sei wichtig, das Strategiepapier 2011 zu gestalten, bevor es von der Kommission verabschiedet werde.

Abschließend weist RL Musiolik auf den geplanten Initiativbericht zum Thema Nordsee-Strategie hin, bei dem sich Schleswig-Holstein aktiv einbringen solle.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer